



# Eine neue Wohnungspolitik braucht das Land

## Kundgebung gegen Sparkonzepte der Bundesregierung

**Der DGB** hatte aufgerufen und immerhin 300 Demonstranten waren gekommen, um anlässlich des CDU-Parteitages und Besuchs der Bundeskanzlerin im Juni in Darmstadt gegen die Sparpolitik der Bundesregierung zu protestieren.

Auch der Mieterbund Darmstadt beteiligte sich an der Kundgebung und rief dazu auf, der Wohnungspolitik endlich wieder den Stellenwert zu geben, den sie braucht, um für alle Mieterinnen und Mieter bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Das einseitige Sparen zu Lasten der mittleren und unteren Einkommensgruppen wirkt sich auch im Wohnungsbereich dramatisch aus. Mittlerweile ist der Anteil der Haushalte, die 40 Prozent ihres Monatseinkommens für Wohnkosten ausgeben müssen, auf 24 Prozent gestiegen. Einsamer Spitzenplatz im europäischen Vergleich. Realeinkommen und die Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt driften seit Jahren unauffaltam auseinander. Das erst 2009 angepasste Wohngeld wurde durch das Haushaltsgesetz 2011 wiederum deutlich gesenkt und belastet so die unteren Einkommensschichten einseitig. Gleichzeitig heizt ein fast zum

Erliegen gekommener Wohnungsbau die Mieten vor allem in den Ballungsgebieten an. Die Anzahl der gebauten Sozialwohnungen für untere Einkommensgruppen ist in den letzten Jahren auf 0,05 Prozent gesunken. Insgesamt beträgt der Anteil an Sozialwohnungen in Deutschland nur noch vier Prozent, während sich die europäischen Nachbarländer einen Anteil von 15 Prozent und mehr zur Versorgung ihrer Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum leisten. In Darmstadt stehen 2.200 Haushalte auf der Warte-

liste für eine öffentlich geförderte Wohnung.

Diese verfehlte Politik hat dafür gesorgt, dass die Auswirkungen den Wohnungsmarkt in den nächsten fünf Jahren mit voller Wucht treffen werden. Die Mieten steigen für viele Mieter in schwindelerregende Höhen. Das bezahlbare Dach über dem Kopf wird für viele Mieter zum Hauptproblem im Alltag.

Der Mieterbund Darmstadt forderte Bund, Land und Stadt Darmstadt zu einer neuen Wohnungspolitik auf. Die Ausgaben für den sozialen Wohnungsbau

müssen erhöht werden, insbesondere der Bund muss sicherstellen, dass seine Ausgleichszahlungen an die Bundesländer für den Wohnungsbau (derzeit rund 500 Millionen Euro) auch über das Jahr 2013 fortgeführt und drastisch erhöht werden. Das Land Hessen muss seine Fördermittel für den Bau von Sozialwohnungen in den Ballungsgebieten Südhessens deutlich erhöhen.

Es gibt viel zu tun für das bevorstehende Wahljahr 2013. Eine neue Wohnungspolitik muss wieder Maßstab für eine verantwortliche Politik werden. ■



# AUFRUF

## Opfer von Sanierung und/oder Mieterhöhung?

Häufig wird von Seiten der Verantwortlichen in Politik und (Bau-)Wirtschaft so getan, als sei das Problem der Mieterverdrängung aufgebauscht. Die Einzelschicksale, die hinter einer solchen Sanierungspolitik stecken, werden ignoriert und verschwiegen. Die betroffenen Mieter finden in der Regel kein Sprachrohr, das ihr persönliches Schicksal zu Gehör bringt. Wir möchten eine Dokumentation zur Mieterverdrängung in Darmstadt erstellen und bitten um Ihre Mitarbeit. Wenn Sie selbst oder Ihre Nachbarn oder Bekannten jetzt aktuell oder auch schon vor Jahren gezwungen waren, Ihre Wohnung aufzugeben, weil sie von Sanierung und/oder Mieterhöhung betroffen waren und weichen muss-

ten, erzählen Sie uns Ihre Geschichte. Teilen Sie uns Ihre Erfahrungen mit, kommen Sie mit uns ins Gespräch. Sie entscheiden selbst, ob und, wenn ja, in welchem Umfang wir Ihre Geschichte verwenden dürfen: als eigenen Erfahrungsbericht oder als Erzählung über Dritte, mit Bild oder anonym.

Wir interessieren uns für Ihre Geschichte oder das Schicksal Ihrer Nachbarn und Bekannten. Selbst wenn es zunächst nur dazu dient, die Geschichte zu erzählen. Geben Sie uns eine kurze Nachricht unter [heilmann@mieterbund-darmstadt.de](mailto:heilmann@mieterbund-darmstadt.de) oder telefonisch unter 0 61 51/49 79 90. Wir treffen uns gerne mit Ihnen zu einem Gespräch.

Ihre

Margit Heilmann



**Die betroffenen Mieter in der Postsiedlung haben eine Vorstellung davon, was der Begriff Gentrifizierung (Mieterverdrängung) bedeutet. Die Abrissarbeiten in der Oppenheimer Straße sind bereits abgeschlossen. Die meisten alteingesessenen Mieter mussten den Sanierungsarbeiten weichen und werden sich die neu gebauten oder sanierten Wohnungen mit ihren Zehn-Euro-Mieten auch niemals leisten können**



## Beratungsteam

Das Team der nur für den Mieterbund Darmstadt tätigen Beraterinnen (von links): Regina Kamm, Margit Heilmann, Sarah Gellermann, Anja Schnetz und Kyra Seidenberg.

Um das jährliche Beratungspensum von annähernd 16.000 Beratungsgesprächen pro Jahr ableisten zu können, braucht der Verein weiterhin die Unterstützung freiberuflicher Kolleginnen und Kollegen. Derzeit: Sibylle Briese, Behiye Ersoy, Norbert Peller, Peter Michel, Hans-Jürgen Binder und Horst Wenz.

## Newsletter kostenlos abonnieren

Die Website des Mieterbundes Darmstadt ([www.mieterbund-darmstadt.de](http://www.mieterbund-darmstadt.de)) erfreut sich nach wie vor eines ungebrochen großen Zuspruchs, wie die aktuellen Zugriffszahlen zeigen. Der Verein versucht deshalb, Informationen für Sie auf seiner Internetseite immer so aktuell wie möglich zu halten.

Jetzt gibt es einen neuen Service, der noch aktueller und schneller über mietrechtliche Neuigkeiten, wohnungspolitisch Interessantes und Brisantes sowie Vereinsinterna berichten soll: Melden Sie sich unbürokratisch und kostenfrei als Abonnent des neuen Newsletters an (auf der Homepage der Website links oben). Testen Sie den in unregelmäßigen Abständen erscheinenden Newsletter, und geben Sie dem Verein gerne ein Feedback, wie Sie den neuen Newsletter finden. Er freut sich über Ihr Interesse an seiner Arbeit.



Mieterbund Darmstadt Region Süd Hessen e. V., Nieder-Ramstädter Str. 209, 64285 Darmstadt, Tel. 0 61 51/49 79 90. Verantwortlich für den Inhalt der Seiten 16-17: Margit Heilmann, Darmstadt